

# Danziper Zeitung.

Nr. 18871.

Die „Danziper Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Interate kosten für die sieben-gepfaltete gemäßliche Schriftzeile oder deren Reum 20 Pf. — Die „Danziper Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.



## Telegramme der Danziper Zeitung.

Berlin, 28. April. (Privattelegramm.) Nach der „Kreuz-Ztg.“ dürfte Staatssekretär v. Bötticher nicht so bald aus seiner Stellung scheiden. Der Kaiser habe demselben den dringenden Wunsch zu erkennen gegeben, daß er noch recht lange im Amte bleibe, weil die Kraft des Ministers unter den gegenwärtigen Umständen nur schwer ersetzbar sei. Damit fallen auch die Angaben über den Nachfolger des Ministers zusammen.

Napel, 28. April. (Privattelegramm.) Die Civil-, Militär- und Gerichtsbehörden treffen Maßregeln für den 1. Mai. Die Truppen bleiben vom 29. April ab in den Kasernen consigniert. Der Präfekt verbietet das Zusammenstehen von mehr als fünf Personen.

Newyork, 28. April. (Privattelegramm.) Ein vollbesetzter Personenzug der kanadischen Pacificbahn wird vermisst. Man befürchtet, daß der selbe in der Nähe der Station Winnipeg durch einen Erdruß gänzlich verschüttet worden ist.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 28. April.

## Die Zuckersteuer im Reichstage.

Bei der gänzlichen Zerschaffung der Parteien und Interessen auf dem Gebiet der Zuckersteuerreform kann es nicht überraschen, daß die gestern begonnene zweite Berathung von vornherein den Stempel der Unfruchtbarkeit trug. Während man sonst in diesem Stadium der Verhandlungen die einigenden Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt, hob heute jede Partei ihren principiellen Standpunkt scharf hervor. Als Unterlage für die dritte Berathung wird nichts übrig bleiben, als der gestern angommene § 1, der die Materialsteuer bestimmt und die technischen Bestimmungen des Gesetzes, über welche ein Streit überhaupt nicht besteht. Das einzige Ueberraschende war die Anwesenheit des Reichskanzlers v. Caprivi, der die Gründzüge der Vorlage mit erfreulicher Bestimmtheit vertheidigte, im Übrigen sich aber darauf gefaßt zeigte, daß das Gesetz in dieser Sessjon nicht zur Annahme gelangt.

Bevor aber der Ausstand nicht ein allgemeiner wird, wird auch die Absicht, die ausländischen Bergarbeiter für den deutschen Strikte zu engagiren, nur ein strommer Wunsch bleiben. Allerdings hat vorgestern eine in Brüssel abgehaltene Versammlung der Delegirten der zum belgischen Nationalverband gehörenden Bergarbeiter eine Resolution angenommen, in welcher sich dieselben in den Bestrebungen zur Erreichung des achtstündigen Arbeitslages mit den deutschen Bergarbeitern solidarisch erklären und sich verpflichten, sobald in Deutschland der allgemeine Strikte eintrete, auch in Belgien denselben durchzuführen. Außerdem erklärte die Versammlung, daß der Ausstand auch in den Dienst der Bestrebungen zur Herbeiführung des allgemeinen Wahlrechts in Belgien gestellt werden solle.

Da aber der Strikte in Deutschland „sobald“ noch nicht allgemein ist, wird man sich in Belesen den Fall wohl noch einmal überlegen.

Heute gingen uns über den Stand der Dinge noch folgende Drahtmeldungen zu:

Köln, 28. April. (W. L.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Dahlhausen, daß heute der Bergmann Bauer aus Westmar wegen Aufreizung zum Ausstand verhaftet worden sei.

Bonn, 28. April. (Privattelegramm.) Gestern wurden mehrere Bergleute verhaftet, welche die arbeitenden bedrohten und zum Strikte aufforderten. Die Gendarmerie ist wesentlich verstärkt worden. Die strikten Belegschaften wollen wieder anfahren, falls der Ausstand nicht allgemein wird.

Berlin, 28. April. (Privattelegramm.) Vom „Berl. Tageblatt“ wird aus Minden gemeldet: Das Generalcommando ertheilte Befehl zur Bereithaltung der hiesigen Garnison zum Abrücken in das Kohlenrevier.

Nach Mittheilungen aus Frankfurt a. M. aus dem Kohlenrevier liegen über fünfzig Zechen mit 40 000 bis 50 000 Mann still, was jedenfalls übertrieben ist.

## Verlegung des Bußtages.

Von dem freiconservativen Abgeordneten Schulz-Lipitz ist der Antrag eingegangen, im Hinblick auf die dringlichen und in Folge des Arbeitsmangels auf dem Lande erschwerten Arbeiten in der Landwirtschaft den Bußtag auf einen Tag in den Wintermonaten Januar bis März zu versetzen. Die Begründung dieses Antrages wird wohl allseitig anerkannt; doch ist dabei im Vertrag zu ziehen, daß es zur Verlegung des genannten Feiertages zunächst der Mitwirkung der kirchlichen Behörden bedarf und daß es dringend wünschenswerth erscheint, daß im Fall einer Aenderung in dieser Hinsicht beschlossen wird, dies für das ganze deutsche Reich geschehe. Wie verlautet, soll denn auch regierungss seitig als Termin für einen allgemeinen Bußtag im deutschen Reiche, wie auf der Eisenacher Conferenz vorgeschlagen, der letzte Freitag vor dem Advent in Aussicht genommen sein, und damit dürfe allen bezüglichen Wünschen Rechnung getragen werden.

Deutschland und die Weltausstellung in Chicago. Dem Bundesrat ist nunmehr der schon angekündigte Antrag auf Annahme der Einladung

v. Moltzahn konnten nicht umhin, Herrn v. Kardorff darauf aufmerksam zu machen, daß der preußische Osten an der Materialsteuer nicht nur nicht interessirt sei, sondern, daß er an der Beseitigung derselben interessirt sei. Denn die hohen Löhne, welche die mittleren Provinzen Sachsen und Hannover aus den Prämien zu zahlen in der Lage seien, trugen ja gerade dazu bei, die „Sachsgänger“ zu fördern, d. h. den östlichen Provinzen die Arbeitskräfte zu entziehen. Indessen — vorläufig scheinen die besten Gründe wirkungslos zu bleiben. Die weiteren Abstimmungen über die Höhe der Consumsteuer, Höhe und Dauer der Prämien in der Mittwochssitzung werden deshalb praktisch ohne Ergebnis bleiben; man wird nur aus der Abstimmung der einzelnen Partei- und Interessengruppen erkennen können, ob überhaupt Aussicht ist, in der dritten Berathung zu einem für die Regierung annehmbaren Compromiß zu gelangen.

Der Ausstand in Rheinland-Westfalen ist noch immer weit davon entfernt, ein allgemeiner zu werden. Die Anzahl der Strikten betrug gestern erst 15 000 und am Nachmittag zeigte der Strikte im Essener Revier eine Abnahme. Auf den Schächten der Zeche „Hannover“ von Friedrich Krupp arbeiten, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge, von 420 Mann der Mittags-Belegschaft 304. Auf der Zeche „Hagenbeck“ bei Altendorf fuhr die Nachmittagschicht fast vollständig an. Auf dem Schacht „Wolfsbank“ von Essener Bergwerksverein ist ein Drittel der Belegschaft, auf Schacht „Wilhelm“ von der Zeche Königin Elisabeth bei Essen sind von 148 Mann 83 angesessen. Im Dortmunder und Gelsenkirchener Revier ist alles ruhig. — Die Firma Friedrich Krupp hat erneut die Aufforderung an die Arbeiter ihrer Zeche „Hannover“ ergehen lassen, am Dienstag wieder anzufahren, widergenfalls sie als entlassen betrachtet würden.

Im Bezirke von Gelsenkirchen ist die Aufforderung zum allgemeinen Strikte nicht befolgt worden; abgesehen von den Zechenbelegschaften, die bereits in voriger Woche stritten, ist gestern die Morgenschicht und die Mittagschicht überall angesessen.

Bevor aber der Ausstand nicht ein allgemeiner wird, wird auch die Absicht, die ausländischen Bergarbeiter für den deutschen Strikte zu engagiren, nur ein strommer Wunsch bleiben. Allerdings hat vorgestern eine in Brüssel abgehaltene Versammlung der Delegirten der zum belgischen Nationalverband gehörenden Bergarbeiter eine Resolution angenommen, in welcher sich dieselben in den Bestrebungen zur Erreichung des achtstündigen Arbeitslages mit den deutschen Bergarbeitern solidarisch erklären und sich verpflichten, sobald in Deutschland der allgemeine Strikte eintrete, auch in Belgien denselben durchzuführen. Außerdem erklärte die Versammlung, daß der Ausstand auch in den Dienst der Bestrebungen zur Herbeiführung des allgemeinen Wahlrechts in Belgien gestellt werden solle.

Da aber der Strikte in Deutschland „sobald“ noch nicht allgemein ist, wird man sich in Belesen den Fall wohl noch einmal überlegen.

Heute gingen uns über den Stand der Dinge noch folgende Drahtmeldungen zu:

Köln, 28. April. (W. L.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Dahlhausen, daß heute der Bergmann Bauer aus Westmar wegen Aufreizung zum Ausstand verhaftet worden sei.

Bon, 28. April. (Privattelegramm.) Gestern wurden mehrere Bergleute verhaftet, welche die arbeitenden bedrohten und zum Strikte aufforderten. Die Gendarmerie ist wesentlich verstärkt worden. Die strikten Belegschaften wollen wieder anfahren, falls der Ausstand nicht allgemein wird.

Berlin, 28. April. (Privattelegramm.) Vom „Berl. Tageblatt“ wird aus Minden gemeldet: Das Generalcommando ertheilte Befehl zur Bereithaltung der hiesigen Garnison zum Abrücken in das Kohlenrevier.

Nach Mittheilungen aus Frankfurt a. M. aus dem Kohlenrevier liegen über fünfzig Zechen mit 40 000 bis 50 000 Mann still, was jedenfalls übertrieben ist.

Die angebliche Braut des Königs Milan. Der „Magyar Hirlap“ veröffentlicht eine in ihrer Art merkwürdige Unterredung seines Pariser Correspondenten mit der Marquise Odette Falliton, der angeblichen Braut des Königs Milan, von welcher behauptet wird, daß sie sehr reich und mit den Orleans verwandt sei. Als aus Belgrad die Nachricht kam, König Milan habe die Absicht, binnen kurzem mit einer vornehmen Pariserin eine neue Ehe einzugehen, war man in Paris der Ansicht, die Braut könne nur die Marquise Falliton sein. In Folge dessen will sich der Correspondent des bezeichneten Blattes zur Marquise begeben haben, von ihr auf das Freundlichste empfangen worden sein und die folgenden, an verblüffender Aufrichtigkeit nichts zu wünschen übrig lassenden Auskünte erhalten haben.

„Ich habe“ — soll die Marquise gefaßt haben — „von vielen meiner Freunde und Freunden gehört, daß ich die Braut des Königs von Serbien werden soll. Nun denn, wenn Sie neugierig sind, meine Antwort zu vernehmen, so hören Sie. Ich kenne den König Milan sehr genau. Er hat wiederholt bei mir diniert, und er glaubte immer, daß er zu Hause im belgrader Konak sei, so . . . und vertraulich benahm

er sich. Er hat jedoch keinen wie immer gearteten Eindruck auf mich gemacht, denn es liegt für mich darin gar nichts Wünschenswertes. Außerdem ist er ein deposediter, bavarianischer König ist. Wissen Sie, auf die Frauen der Republik macht nur ein regierender König einen außerordentlichen Eindruck, nur ein solcher besitzt einen gewissen Reiz. Er hat mir die ganze Geschichte seiner Erzählung, und ich kenne dieselbe ganz genau. Ich weiß, wie er mit Frau Natalia umgesprochen ist und warum sie ihn so haßt. Ich kenne seinen Geschmack, denn ich kenne seine Passione. Ich bin auch über seine Bildung im Alter, denn ich habe wiederholt akademisch mit ihm gestritten. Ich kenne seine Talente, denn ich sah, wie er regiert hat, und nachdem ich alles weiß, weiß ich auch ganz genau, daß ich niemals seine Frau werde.“

Die Verantwortlichkeit für diese phantastisch klingenden Mitteilungen muß dem genannten Blatte und seinem Correspondenten überlassen bleiben.

## Trauerfeier für Moltke.

Zu der heute (Dienstag) Vormittag 11 Uhr stattfindenden Trauerfeier für den Grafen Moltke, an welche sich die Überführung der Leiche nach dem Lehrter Bahnhof anschließt, haben auch die Prästdienste des Reichstags und der beiden Häuser des Landtags Einladungen erhalten. Die Mitglieder des Reichstags, welche an der Überführung teilnehmen, sammeln sich an dem Generalsabtsgebäude. Die Beisetzung der Leiche erfolgt in dem bei dem Gute des Verstorbenen in Kreisau belegenen Mausoleum. Zur Überführung der Leiche hat der Eisenbahn-Minister v. Maybach einen Extrazug zur Verfügung gestellt. Zu demselben hat er dem Präsdium des Reichstags 20 Karten überwandt. Die Abfahrt erfolgt Mittwoch 7 Uhr 25 Min. früh vom Lehrter Bahnhof, Ankunft in Kreisau 2 Uhr Nachmittags, Abfahrt 5 Uhr 12 Min. Abends, Ankunft Berlin Bahnhof Friedrichstraße 11 Uhr 6 Min. Nachts. Nach dem Beschluss des Senioren-Convents erhält die Fraktion der Conservativen 5, Centrum 4, Freisinnige 3, Nationalliberale 2, Polen 1 Karte. An der Beisetzung nehmen außerdem Theil die Präsdidenten und die Schriftführer Schmidt-Eberfeld und Wissmann.

Blumenpenden sind inzwischen noch in großer Anzahl eingegangen. Auch die freisinnigen Fraktionen haben einen prächtigen Kranz (Vorbeer mit eingeschloßenem Blüthensmudi) in das Sterbehaus des Grafen Moltke geschickt. Die goldene Inschrift des Kranzes lautet: „Dem Generalfeldmarschall Grafen v. Moltke die deutsch-freisinnigen Fraktionen des Reichstages und Landtages.“ Der Kranz ist zur rechten Seite des Ganges niedergelegt. Die mecklenburgische ältere Linie der Familie Moltke sandte einen großen Kranz, auf dem das aus düftigen Blumen gebildete Familienwappen ruht; die Schleife trägt die Inschrift: „Dem Stolz des Vaterlandes, wie der Familie.“ Auch die Städte, denen Moltke nahe gestanden, ließen Kränze niederlegen, besonders schön Starzdorf und „die trauernde Stadt Ulm“. Die türkische Postfahrt überwandte einen Kranz mit grüner Rose und der Aufschrift „Tervissi Paşa“. Die Königin von England sandte einen Kranz mit weißer Schleife.

Ursprünglich beabsichtigten auch die gesammten Kriegervereine, und zwar in einer Stärke von achttausend Mann an der Trauerfeier teilzu nehmen, im Hinblick auf den beschränkten Raum ist jedoch ihr Gefuch ablehnend beschieden und ihnen anheimgegeben worden, eine kleine Deputation zur Feier zu entsenden.

An die Marine hat der Kaiser folgenden Erlaß gerichtet:

Nur wenige Wochen sind vergangen, seit ich den General-Feldmarschall Grafen v. Moltke dadurch in nähere Beziehungen zu meiner Marine brachte, daß ich ihn à la suite des I. Gebataillons stellte, und heute schon erwähnt mir die traurige Pflicht, die letzten Ehren für den großen Todten, meinen treuen Freund und Berather, zu ordnen. Ich will meine Marine, von der ich weiß, wie hoch sie den greisen Helden ehrt und liebt, dabei in derselben Weise heranführen, wie meine Armee, und bestimme deshalb als sichtbaren Ausdruck der Trauer:

1. Gänmitliche Offiziere meiner Marine legen vom Tage des Einganges dieser Orde ab acht Tage hindurch den Trauerstolz um den linken Unterarm an.

2. Bei den Offizieren meines Schiffsjungen-Schiffes „Moltke“ und den Offizieren des 1. Gebataillons baut diese Trauer 14 Tage.

Ich beauftrage Sie hiermit, das Erforderliche im Bereich Ihres Ressorts bekannt zu machen.

Berlin, 26. April 1891. Wilhelm.

An den Reichskanzler (Reichs-Marine-Amh.).

Aus der letzten Stunde Moltes wird der Nat.-Ztg. Folgendes mitgetheilt:

Moltkes lebte Whistpartie endete für ihn (wie wir schon am Sonnabend berichteten). D. Red.) mit einem großen Schlemm, also der höchsten Gewinn-Partie. Danach erhob sich Moltke und mit den Geigern übereinander streitend, äußerte er voll scherhaftem Siegesbewußtseins: „Etsch! Etsch! Wat segt hei nu tau sine Güpers?“ Dies war eine Lieblings-Redensart von Moltke. Sie bezog sich auf eine bekannte Episode aus der Schlacht bei Leuthen: Friedrich der Große hatte die Mannschaft eines Regiments kurz vor der Schlacht gescholten und sie als Gaufer bezeichnet. Nach gewonnenner Schlacht, als das Regiment mit eroberten Standarten an dem König vorüber zog, hoben die Soldaten ihre Beutestücke in die Höhe und riefen dem König zu: „Wat segt hei nu tau sine Güpers?“

Aus München wird vom 27. April telegraphisch gemeldet:







# Beilage zu Nr. 18871 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 28. April 1891.

## Abgeordnetenhaus.

76. Sitzung vom 27. April.

In dritter Berathung werden die Gesetzentwürfe betreffend die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Sachsen, Hannover und der Rheinprovinz; zur Ergänzung des Gesetzes betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen; betr. die Form der schriftlichen Willenserklärungen der Presbyterien der evangelischen Gemeinden in der Provinz Westfalen und in der Rheinprovinz, ohne Debatte angenommen.

Darauf wurde die erste Berathung des Gesetzentwurfes betr. die Förderung der Errichtung von Rentengütern forgesetzt.

Abg. Below-Saleske (cons.) erklärt, daß die Conservativen lebhafte Sympathie für die Vorlage hegten und mit besten Kräften an dem Zustandekommen derselben arbeiten wollten, da für einen solchen Schritt der Gesetzgebung angesichts der chronischen Entvölkerung des Ostens und des ländlichen Arbeitermangels die höchste Zeit sei. Durch Privatunternehmungen ließen sich die großen Schäden nicht beseitigen, sondern nur durch ein markiges Eintreten des Staates. Eine Parzellierung der Domänen sei im Interesse der Erhaltung des Großgrundbesitzes nicht zu empfehlen; ebenso sei eine provinzielle Regelung nicht möglich. Der § 4 allerdings widerspreche dem Rechtsbewußtsein des Volkes, daß ein gewisser Theil der Rente unabkömmling ist. In der Commission müsse dies geändert werden.

Abg. Gattler (nat.-lib.) begrüßte die Vorlage mit Freude. Die Bedenken in Bezug auf den Staatscredit seien nicht gerechtfertigt. Die Unabkömlichkeit eines Theils der Rente werde nicht zur Abhängigkeit des Rentengutsbesitzers führen, wohl aber gerade die Schaffung mittleren und kleinen Besitzes ermöglichen.

Abg. Brandenburg (Centr.) ist damit einverstanden, daß der Staat hier Kapitalgeber sei und daß die Rente auch unabkömmling sein könne, denn er sei kein Freund von der Theilbarkeit der Güter.

Abg. Gerlich (freicons.) tritt den Ausführungen des Abg. Rickert entgegen. Die Verpflichtung des Staatscredits werde sich keinesfalls auf Milliarden belaufen, und von einem Risiko des Staates könne keine Rede sein. Redner wünscht eine Erhöhung der Beleihungsgrenze.

Vizepräsident v. Heereman erklärt den von dem Abg. Gerlich gebrauchten Ausdruck, daß der Abg. Rickert in seinen Ausführungen etwas vergessen, vielleicht absichtlich verdeckt habe, für unparlamentarisch und ruft den Redner zur Ordnung.

Darauf wird die Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Darauf wird ein Antrag Schulz-Lupik (freicons.) auf Errichtung einer Versuchsanstalt für Pflanzenschutz der Regierung zur Erwähnung überwiesen.

Ein weiterer Antrag Schulz-Lupik auf Verlegung des Bußtages wird nach einer entgegenkommenden Erklärung des Cultusministers v. Leditz-Trützhäler zurückgezogen, dafür aber eine Resolution Geer angenommen, bei der Reichsregierung um Einführung eines für ganz Deutschland gemeinsamen Bußtages im November vorstellig zu werden.

Nächste Sitzung Mittwoch.

## Herrenhaus.

15. Sitzung vom 27. April.

Fortsetzung der Berathung des Einkommensteuer-gesetzes. Beim § 24 (Steuererklärung) führt Oberbürgermeister Struckmann aus, daß er ein Gegner der Steuererklärung gewesen sei und auch jetzt noch nicht alle Bedenken überwunden habe. Zehn können die unter 3000 Mk. Einkommen beziehenden Personen zur Steuererklärung aufgefordert werden. Dadurch entstehe ein größerer Unterschied zwischen den über und den unter 3000 Mk. Einkommen beziehenden Personen als bisher zwischen der Klassen- und der Einkommensteuer bestanden habe. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die Aufforderung zur Steuererklärung an die Personen unter 3000 Mk. Einkommen möglichst zahlreich ergehen möge, um diese Ungleichheit zu verwischen. Damit der Standpunkt der Fiskalität nicht allzustark hervortrete, sei es auch wünschenswerth, nicht den Landrat, der über die Einkommensverhältnisse in seinem Kreise allzu genau insirirt sei, sondern einen Regierungscommission zum Vorsitzenden der Einschätzungscommission zu machen.

Minister Miquel: Ueber die Frage der Zusammensetzung der Veranlagungskommission sei im anderen Hause und in der Commission dieses Hauses genügend verhandelt worden. Ueber die Schätzung des Einkommens sei festzustellen, daß die Commission zu entscheiden hat, wenn ein nur durch Schätzung zu ermittelndes Einkommen vorliegt.

In § 30 hat das Abgeordnetenhaus einen Zusatz zur Regierungsvorlage beschlossen, wonach für die verweigerte Declaration ein Zuschlag von 25 Proc. zur Steuer erhoben werden kann.

Erster Bürgermeister Baumback-Danzig will diesen Zusatz beseitigen, weil derselbe aus der Declarationspflicht einen Declarationszwang mache, was die Regierung selbst nicht beabsichtigte. Er kenne die Veranlagung mit der Steuererklärung aus seiner früheren Heimat, aus einem Lande, in welchem die progressive Einkommensteuer bis 4 Proc. eingeführt sei. Wenn also jemand den hohen Steuern in Preußen ausweichen will, dann möge er nicht nach Sachsen-Meiningen gehen, sonst komme er vom Regen in die Traufe. (Heiterkeit.) Daß jemand, der nicht declarirt, eingeschäht wird von der Commission nach bestem Gewissen, ist begreiflich; aber daß die Commission über das, was sie nach ihrem Wissen und Gewissen für richtig hält, noch 25 Proc. höher veranschlagen kann, das wird nicht dienen zur Schärfung des Pflichtbewußtseins im Volke.

Minister Miquel tritt für den Besluß des Abgeordnetenhauses ein, weil darin eine erhebliche Verbesserung der Regierungsvorlage enthalten sei. Wenn wir hier einen Schritt weiter gehen, als andere Staaten, so liegt das daran, daß wir auf der Basis der Erfahrungen dieser Staaten stehen.

§ 30 wird angenommen; ebenso die §§ 31—76.

In § 77 hat das Abgeordnetenhaus angenommen, daß das Gemeindewahlrecht von einem Steuersatz von 6 Mk. höchstens abhängig sein soll. (Es handelt sich dabei hauptsächlich um die rheinischen Gemeinden.) — Die Commission des Herrenhauses hat diesen Mindestsatz auf 9 Mk. erhöht.

Frhr. v. Landsberg beantragt die Ermäßigung auf

6 Mk. Er sieht keine Veranlassung, weshalb das Herrenhaus rütteln sollte an einer Vereinbarung, die zwischen den Parteien des anderen Hauses getroffen sei und an deren Änderung vielleicht das Gesetz scheitern könnte.

§ 77 wird nach dem Besluß des Abgeordnetenhauses angenommen.

Zum § 82 hat die Commission die Änderung beantragt, daß die über 80 Millionen Mk. herausgehenden Erträge der Einkommensteuer zur Durchführung der Befestigung der Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer bzw. der Überweisung derselben an kommunale Verbände verwendet werden sollen. (Das Abgeordnetenhaus hatte nur die Überweisung an kommunale Verbände beschlossen.)

Der Finanzminister und Oberbürgermeister Struckmann empfehlen, bei den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses stehen zu bleiben. Nach kurzer Debatte wird jedoch § 82 nach dem Antrage der Commission angenommen.

In der Schlusabstimmung wird das Gesetz als Ganzes mit großer Mehrheit angenommen. Wegen der Änderungen in § 17 und § 82 geht es nun wieder an das Abgeordnetenhaus zurück.

Das Erbschaftssteuergesetz und das Gewerbesteuer-gesetz werden nach kurzen Debatten angenommen, wie sie im Abgeordnetenhaus beschlossen sind.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 27. April. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 222—232. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 195—205, russ. loco ruhig, 150—154. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) fest, loco 64. — Spiritus ruhig, per April—Mai 35½ Br., per Mai—Juni 35½ Br., per Juli—August 36½ Br., per Septbr.—Oktbr. 37½ Br., — Umfat 2000 Gack. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6.40 Br., per August—Dezbr. 6.70 Br. — Wetter: Prachtvoll.

Hamburg, 27. April. Zuckermarkt. Rübenrohrzucker 1. Product Basis 88% Rendement, neue Ufance, f. a. B. Hamburg, per April 13.70, per Mai 13.82½, per August 13.82½, per Dezember 12.60. Steig.

Hamburg, 27. April. Kaffee. Good average Santos per April — per Mai 86½, per Septbr. 82½, per Dezember 74½. Behauptet.

Bremen, 27. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 6.40 Br. Ruhig.

Gavre, 27. April. Kaffee. Good average Santos per Mai 107.00, per Septbr. 103.50, per Dezember 93.50. Behauptet.

Frankfurt a. M., 27. April. Effecten-Societät. (Schluß.) Creditactien 261½, Franzosen 216½, Lombarden 98½, Galizier 187½, 4% ungar. Goldrente 91.90, Gottscheerbahn 147.50, Disconto-Commandit 191.60, Dresdener Bank 143.60, Laurahütte 122.70, Gelsenkirchen 151.30, Portugalien —. Still.

Wien, 27. April. (Schluß-Courte.) Oester. Papier-rente 92.70, do. 5% do. 101.90, do. Silberrente 92.65, 4% Goldrente 110.80, do. ung. Goldrente 105.60, 5% Papierrente 101.40, 1860er Loofe 139.75, Anglo-Aust. 162.00, Länderbank 217.70, Creditactien 299.25, Unionsbank 238.59, ungar. Creditactien 344.00, Wiener Bankverein 114.60, Böh. Weitbahnhof 351, Böh. Nordbahn —, Böh. Eisenbahn 494.50, Duz-Bodenbacher —, Elbenthalbahn 221.75, Nordbahn 2855.00, Franzosen 249.00, Galizier 215.75, Lemberg-Czern. 249.00, Lombarden 114.60, Nordwestbahn 210.75, Pardubitzer 181.50, Alp.-Mont.-Act. 96.75, Tabakactien 159.00, Amsterd.

Wechsel 96.50, Deutsche Blähe 57.25, Londoner Wechsel 117.00, Pariser Wechsel 46.30, Napoleons 9.27, Marknoten 57.25, Russische Banknoten 1.38, Gilber-coupons 100.

Amsterdam, 27. April. Getreidemarkt. Weizen auf geschäftlos, auf Termine niedriger, per November 264. — Roggen loco 193—192, per Oktober 181—180—179. — Rüböl loco 34½, per Mai 32½, per Herbst 34½.

Anversen, 27. April. Weizen ruhig. Roggen fest. Hafer behauptet. Gerste fest.

Anversen, 27. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirte Höhe weich loco 16½ bei. und Br., per April 16½ Br., per Mai 16 Br., per Juni 16 Br., per Sept.-Dezember 16½ Br. Ruhig.

Paris, 27. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen weichend, per April 31.80, per Mai 31.00, per Mai—August 30.70, per Sept.-Dezbr. 19.80. — Roggen behauptet, per April 19.70, per Sept.-Dezbr. 19.60. — Mehl weichend, per April 67.20, per Mai 65.40, per Mai—August 65.40, per Sept.-Dezbr. 65.40. — Rüböl weich, per April 76.00, per Mai 76.50, per Mai-Aug. 77.50, per Septbr.-Dezbr. 79.50. — Spiritus ruhig, per April 42.00, per Mai 42.00, per Mai-August 42.25, per Septbr.-Dezbr. 40.55. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 27. April. (Schlußcourse.) 3% amortisirb. Rente 94.60, 3% Rente 94.42½, 4½% Anl. 105.67½, 5% ital. Rente 93.45, österr. Goldbr. 96, 4% ungar. Goldrente 92.18, 3% Orientanleihe 77.37, 4% Russen 1880 — 4% Russen 1889 98.70, 4% unific. Aegypten 493.15, 4% span. äußere Anleihe 75, conv. Türken 18.60, türk. Loos 73.00, 4% privilegierte türk. Obligationen 416.25, Franzosen 542.50, Lombarden 268.25, Lomb. Prioritäten 332.50, Banque ottomane 593.75, Banque de Paris 800.00, Banque d'Escoffier 472.50, Crédit foncier 1253.75, mobilier 382.50, Meridional-Actionen 682.50, Panamakanal-Aktionen —, do. 5% Obligat. — Rio Tinto-Actien 576.80, Guézhan-Actien 2526.25, Gai Parisen 1392 Credit Lyonnais 773.00, Gai pour le Fr. et l'Étrang. 570, Transatlantique 535.00, B. de France 4327.00, Bille de Paris de 1871 405.00, Tab. Ottom. 342.00, 2½% engl. Consols 95¾, Wedel auf deutsche Blähe 122½/16 Londoner Wechsel kurs 25.26½, Cheques a. London 25.28, Wechsel Wien kurz 213.75, do. Amsterdam kurz 206.62, do. Madrid kurs 486.00, C. d'Esp. neue 600, Robinion-Act. 62.50, Neue 3% Rente 93.00.

London, 27. April. Die Getreideaufnahmen betragen in der Woche vom 18. bis 24. April: Englischer Weizen 239.1, fremder 1363.3, engl. Gerste 187.9, fremde 181.1, engl. Malzgerste 15.79.8, fremde —, engl. Hafer 22.7, fremder 59.014 Qrts. Engl. Mehl 19.284, fremdes 42.597 Gack.

London, 27. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, schwimmender 1¼—1½ sh. niedriger als in voriger Woche, jedoch ohne Häuser, englischer ruhig, feinstes 1 sh. teurer als in voriger Woche, fremder träge, fast unverändert; Mehl fest, mäßige Nachfrage; Mais schwächer, Malzgerste thätiger, Malzgerste stetig; Hafer fest, wenig Nachfrage, Bohnen ruhig, Erbsen stetig — Wetter: Heiter, klarer Himmel.

London, 27. April. (Schluß-Courte.) Oester. Papier-rente 92.70, do. 5% do. 101.90, do. Silberrente 92.65, 4% Goldrente 110.80, do. ung. Goldrente 105.60, 5% Papierrente 101.40, 1860er Loofe 139.75, Anglo-Aust. 162.00, Länderbank 217.70, Creditactien 299.25, Unionsbank 238.59, ungar. Creditactien 344.00, Wiener Bankverein 114.60, Böh. Weitbahnhof 351, Böh. Nordbahn —, Böh. Eisenbahn 494.50, Duz-Bodenbacher —, Elbenthalbahn 221.75, Nordbahn 2855.00, Franzosen 249.00, Galizier 215.75, Lemberg-Czern. 249.00, Lombarden 114.60, Nordwestbahn 210.75, Pardubitzer 181.50, Alp.-Mont.-Act. 96.75, Tabakactien 159.00, Amsterd.

